

Schweiz



Das Notkraftwerk mit Gasturbinen-Generatoreinheiten soll ab Ende Februar in Birr AG zur Verfügung stehen. Foto: Dominique Meienberg

Der Bund hält am temporären Reservekraftwerk fest

Kein akuter Strommangel Obwohl die Elektrizitätskommission Entwarnung gibt, soll das Kraftwerk ans Netz. In Birr haben sich die Menschen damit abgefunden.

Edgar Schuler

Ausgerechnet am Freitag, dem 13., ist der Wurm drin. Nachdem in den letzten Wochen vier der acht Aggregate des Ersatzkraftwerks in Birr AG schon erfolgreich getestet wurden, will das fünfte einfach nicht starten. Nach einem halben Dutzend Versuchen lässt Ingenieur Ulrich Weber den Probelauf abbrechen. «Dass nicht immer alles auf Anhieb nach Plan läuft, gehört zu solchen technischen Vorhaben», sagt der Projektleiter und ist doch etwas enttäuscht. Gern hätte er dem Gemeindeammann von Birr und den Journalisten demonstriert, dass die Turbinen-Generatoren-Kombinationen nicht so laut sind wie befürchtet.

Weber hat für General Electric (GE) in den letzten 20 Jahren schon auf der halben Welt Gasturbinenkraftwerke gebaut. «Jetzt bin ich schon etwas stolz darauf, dass ich zur Versorgungssicherheit der Schweiz beitragen darf», sagt der Ingenieur. Mit dem Baufortschritt ist er im Übrigen zufrieden. Die Fertigstellung bis Ende Februar scheint gesichert.

Der Bundesrat hat den Bau des Kraftwerks als absolute Notlösung beschlossen. Der Strommarkt in Europa ist durch den Krieg in der Ukraine höchst instabil geworden. Ein Blackout in den stromintensiven Wintermonaten schien nicht mehr ausgeschlossen. Das Kraftwerk, das wahlweise mit Gas, Öl oder Wasserstoff betrieben werden kann, soll das Äusserste verhindern.

Allerdings: Unterdessen hat sich die Lage auf dem Strommarkt weitgehend entspannt. Am Donnerstag sagte Urs Meister, Geschäftsführer der Eidgenössischen Elektrizitätskommission, die Wahrscheinlichkeit sei gross, «dass die Schweiz

ohne Strommangel durch den Winter kommt».

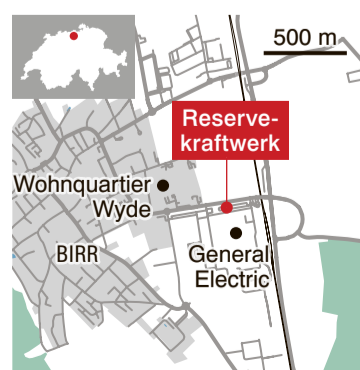
Zur Entspannung beigetragen hat das bisher aussergewöhnlich warme Winterwetter. Zudem gehen nach und nach die französischen Atomkraftwerke wieder ans Netz. Von diesen waren im Herbst mehr als üblich aus Sicherheitsgründen abgestellt.

Der Klimastreik hatte den Bau eines fossilen Notkraftwerks immer hart kritisiert. Jonas Kampus, Sprecher der Bewegung, fühlt sich jetzt bestätigt: «Es zeigt sich immer deutlicher, dass dieses CO₂-verschleudernde Ölkraftwerk völlig unnötig ist.» Und er ärgert sich: «Wenn die

«Wenn die Turbinen unter Vollast laufen, wird die Lärmbelastung sicher enorm.»

Urs Maurer
Anwohner

Notkraftwerk in Birr



Gratik: ese, mrue

Lage immer noch so angespannt wäre, würde sicher nicht mehr erlaubt, in den Skigebieten Pisten beschneiden zu lassen.»

Fürs Bundesamt für Energie (BFE) ist hingegen klar, dass es das Kraftwerk trotzdem weiterhin als Notlösung braucht. Sprecherin Marianne Zünd sagt: «Unsere Strategie bleibt wie gehabt.»

Zwar trage die warme Witterung derzeit in der Schweiz und ganz Europa zu einer stabilen Situation bei. «Doch der Winter ist noch lang», sagt Zünd, «es ist immer noch möglich, dass es in den kritischen letzten Wintermonaten, also bis April, zu Kälteperioden kommt.»

Strom für insgesamt rund 400'000 Haushalte

Falls Kraftwerksausfälle in der Schweiz oder im Ausland dazukämen, seien Versorgungsschwierigkeiten weiterhin möglich, sagt Zünd. Zudem: «Unsere Strategie ist auch bereits auf die kommenden Winter ausgerichtet, wo wir dann möglicherweise nicht mehr von einer warmen Witterung profitieren können.»

Das Reservekraftwerk Birr wird bis und mit Winter 2025/26 bereitstehen. Es hat eine Leistung von 250 Megawatt. Das ist grob gerechnet ein Viertel des Kernkraftwerks Leibstadt. Damit liessen sich rund 400'000 Haushalte versorgen. In Betrieb genommen werden soll das Kraftwerk nur in einer extremen Mangellage, wenn sonst ein Blackout zu befürchten wäre.

Als im September die Pläne des Bundes und von GE bekannt wurden, waren die Befürchtungen bei den rund 4000 Einwohnerinnen und Einwohnern in der Gemeinde Birr gross. Das Kraftwerk entsteht aus technischen Gründen vor der mächtigen GEFabrikhalle, nahe am Dorf. Die

Überbauung Wyde, wo mehrere Hundert Menschen wohnen, steht gleich gegenüber.

Bei einem Vollbetrieb ist mit 74 Dezibel Lärm zu rechnen. Das sei ein «sehr hoher Wert», heisst es beim BFE. Eine solche Belastung sei den Anwohnerinnen und Anwohnern «über eine längere Zeit insbesondere in der Nacht nicht zumutbar.»

«Ich höre kaum noch Klagen oder Proteste»

Gemeindeammann René Grütter verfolgt deshalb den Bau sehr eng. Bei den ersten Turbinentests war er erstaunt, dass der Geräuschpegel nicht so hoch war wie erwartet. Auf Anweisung des Bundesamts hat GE zudem die geplante Lärmschutzwand von 10 auf 20 Meter erhöht.

«Der Kanton hat nun an mehreren Orten in der Gemeinde Lärmmesser installiert», sagt Grütter. Die Daten werden direkt nach Aarau übermittelt und ausgewertet.

«Die Menschen im Dorf haben das Ersatzkraftwerk unterdessen akzeptiert», sagt Gemeindeammann Grütter. «Ich höre kaum noch Klagen oder Proteste.»

Dem Frieden traut Urs Maurer nicht ganz. Er wohnt 400 Meter vom Kraftwerk entfernt und sieht von seiner Wohnung direkt darauf. «Die Turbinen, die die Generatoren antreiben, sind aus Flugzeugtriebwerken entwickelt worden», sagt er. «Wenn die unter Vollast laufen, wird die Lärmbelastung sicher enorm.»

Als pensionierter Maschineningenieur steht aber auch er hinter dem Entscheid, für eine Stromnotlage vorzusorgen. «Und für GE ist das sicher ein Bombengeschäft.» Der Bund bezahlt für das Reservekraftwerk 470 Millionen Franken. Zur Verfügung stehen soll es nur drei Jahre.

Der Weg für die Ehe light ist jetzt frei

Pact civile Die Arbeit an einem Gesetz für ein neues Partnerschaftsmodell beginnt.

Der Wunsch nach einem zeitgemässen Familienrecht, das auch die Bedürfnisse von unverheirateten Paaren mit und ohne Kinder abdeckt, steht schon seit vielen Jahren im Raum. 2015 lancierte der freisinnige Ständerat Andrea Caroni, damals noch Nationalrat, mit einem Vorstoss konkret die Idee eines neuen Partnerschaftsmodells nach dem Vorbild des französischen Pacte civil de solidarité – einer Lösung, die nicht so verbindlich ist wie die Ehe, aber verbindlicher als das Konkubinatspaar, die nicht heiraten möchten, haben damit die Möglichkeit, ihre Partnerschaft dennoch rechtlich abzusichern.

Nun, sieben Jahre später, erzielt der sogenannte Pacts einen Durchbruch. Nachdem die Rechtskommission des Ständerats im November zugestimmt hat, sagt nun auch die nationalrätliche Schwesterkommission Ja. In beiden Kommissionen waren FDP, SP, Grüne und Grünliberale dafür. Der Bundesrat ist ebenfalls offen für eine solche Lösung, wie aus seinem Bericht vom Frühjahr 2022 hervorgeht. Vertreterinnen und Vertreter der SVP, der EVP und der Mitte äusserten sich indes mehrheitlich dagegen.

Zu den Gegnerinnen des Pacts zählt etwa SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler. Sie sieht keinen Mehrwert, sondern vielmehr einen zusätzlichen administrativen Aufwand. Anstatt ein Zwischenprodukt zu schaffen, würde sie lieber bei der Ehe ansetzen und dort Korrekturen anbringen. Es sei inakzeptabel, dass Ehepaare steuerlich benachteiligt würden (Heiratsstrafe) und auch bei der AHV und den Strafverfahren schlechtergestellt seien als Konkubinatspaare.

Politisch ist etwa die steuerliche Schlechterstellung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren längst erkannt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung lanciert.

Geissbühler befürchtet nicht, dass durch den Pacts weniger ge-

heiratet wird. «Mit der Ehe und dem Konkubinatspaar hat man die Wahl zwischen einem verbindlichen und einem freien Zusammenleben, mehr braucht man nicht», sagt sie.

Als Nächstes wird die ständerätliche Rechtskommission, der Caroni angehört, einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Dafür hat sie zwei Jahre Zeit.

«Wir können nur gewinnen»

Der Bundesrat hatte in seinem Bericht die Unterschiede zwischen der Ehe, die seit dem 1. Juli 2022 auch gleichgeschlechtlichen Paaren offensteht, und dem Konkubinatspaar aufgeführt und dargelegt, wie ein Pacts aussehen könnte. Er betonte allerdings, dass er die konkrete Ausgestaltung dem Parlament überlassen wolle, und beschränkte sich auf die Rechte und Pflichten, die sich aus dem Vertrag in Bezug auf Beistand, Unterhalt, Schutz der Wohnung, Vertretung der Partnerin oder des Partners bei Urteilsunfähigkeit oder Krankheit, Sozialversicherungen und Familiennachzug ergeben könnten.

Der Bericht des Bundesrats dient der Ständeratskommission als Basis. Es gehe jetzt darum, den erarbeiteten Fragenkatalog zu verfeinern. «Je nachdem, wo man die Kreuzchen setzt, erhält der Pacts mehr oder weniger Rechtswirkungen», sagt Caroni. Ihm schwebt ein schlankes Modell vor. Paare sollen unkompliziert und beschränkt auf die Dauer ihrer Beziehung ihre Gemeinschaft regeln können. Der Pacts soll sich dabei als «Konkubinats plus», nicht als «Ehe light» präsentieren.

Sobald der Entwurf steht, geht er in die Vernehmlassung. Caroni ist zuversichtlich, dass der Pacts durchkommen wird. Paaren stehe eine zusätzliche Option zur Verfügung. Niemandem werde etwas weggenommen, und niemand werde zu etwas gezwungen. Er ist daher überzeugt: «Mit dem Pacts können wir nur gewinnen.»

Alessandra Paone

Flughafen Bern und BKW wollen grosse Freiflächen-Solaranlage bauen

Belpmoos Der Energiekonzern BKW und der Flughafen Bern arbeiten zusammen an einem grossen Projekt im Bereich nachhaltige Stromproduktion. Auf dem Areal des Flughafens soll die grösste Freiflächen-Solaranlage der Schweiz entstehen. Auf rund 25 Hektaren sollen bis zu 35 Gigawattstunden Strom pro Jahr erzeugt werden – mit einem Winterstromanteil von rund 30 Pro-

zent, wie die beiden Unternehmen gestern mitteilten. Die Investitionskosten beziffern sie auf rund 30 Millionen Franken. Nun beginne die Bewilligungsphase.

Die BKW will für den riesigen Solarpark mit dem Flughafen Bern eine gemeinsame Trägerschaft bilden, an welcher der Energiekonzern 51 Prozent und der Flughafen 49 Prozent halten soll. (sda)



So könnte es beim Flughafen Bern dereinst aussehen. Visualisierung: PD